

Inhaltsübersicht

Verzeichnis der Abkürzungen und der abgekürzt zitierten Literatur	35
Einleitung	87
1. Kapitel: Rechts- und Vermögensfähigkeit der betriebsverfassungsrechtlichen Gremien	94
1. Teil: Klärung der Begriffe „Rechtsfähigkeit“ und „Vermögensfähigkeit“	95
§ 1 Rechtsfähigkeit als Rechtsbegriff	96
§ 2 Vermögensfähigkeit als Rechtsbegriff	137
2. Teil: Rechts- und Vermögensfähigkeit der betriebsverfassungsrechtlichen Gremien	143
§ 1 Rechts- und Vermögensfähigkeit des Betriebsrats	144
§ 2 Exkurs: Rechts- und Vermögensfähigkeit des Personalrats	230
§ 3 Rechts- und Vermögensfähigkeit der weiteren betriebsverfassungsrechtlichen Gremien	237
2. Kapitel: Haftung des Betriebsrats und seiner Mitglieder	303
1. Teil: Haftung für Amtspflichtverletzungen	303
§ 1 Haftungsrechtlich relevante Fallkonstellationen	303
§ 2 Meinungsstand zur Haftung des Betriebsrats	308
§ 3 Rechtsschutz vor Amtspflichtverletzungen	316
§ 4 Zusammenfassung zum 1. Teil und Bewertung der Fallbeispiele	689
2. Teil: Haftung für vertragliche Verbindlichkeiten gegenüber Dritten	695
§ 1 Haftung im Intra-Vires-Bereich	697
§ 2 Haftung im Ultra-Vires-Bereich	741

Inhaltsübersicht

§ 3 Regressansprüche des handelnden Betriebsratsmitglieds	788
§ 4 Zusammenfassung zum 2. Teil	798
3. Teil: Prozess- und zwangsvollstreckungsrechtliche Folgen	799
§ 1 Rechtsweg und Beteiligten- bzw. Parteifähigkeit	799
§ 2 Zwangsvollstreckung	804
§ 3 Zusammenfassung zum 3. Teil	813
4. Teil: Ausblick und Entwicklungsansätze	814
§ 1 Professionalisierung des Betriebsratsamtes	815
§ 2 Umstrukturierung der Betriebsratsfinanzierung	821
§ 3 Gesetzliche Regelung der Betriebsratshaftung und Erweiterung des betriebsverfassungsrechtlichen Rechtsschutzes	
	821
 3. Kapitel: Haftung der weiteren betriebsverfassungsrechtlichen Gremien und Funktionsträger	828
1. Teil: Haftung für Amtspflichtverletzungen	828
§ 1 Vorüberlegungen	829
§ 2 Ausgestaltung des Haftungssystems	840
2. Teil: Haftung für vertragliche Verbindlichkeiten gegenüber Dritten	862
3. Teil: Zusammenfassung zum 3. Kapitel	867
 Gesamtzusammenfassung	871
 Literaturverzeichnis	905
 Sachwortverzeichnis	971

Inhaltsverzeichnis

Verzeichnis der Abkürzungen und der abgekürzt zitierten Literatur	35
Einleitung	87
1. Kapitel: Rechts- und Vermögensfähigkeit der betriebsverfassungsrechtlichen Gremien	94
1. Teil: Klärung der Begriffe „Rechtsfähigkeit“ und „Vermögensfähigkeit“	95
§ 1 Rechtsfähigkeit als Rechtsbegriff	96
A) Definition des Begriffs „Rechtsfähigkeit“	97
B) Abgrenzung des Begriffs „Rechtsfähigkeit“ von verwandten Begriffen	98
C) Rechtsfähige Personen und Personengemeinschaften und Bestimmung des Umfangs der Rechtsfähigkeit	99
I. Rechtsfähigkeit natürlicher und juristischer Personen als Ausgangspunkt	99
1. Zuerkennung der Rechtsfähigkeit bei natürlichen Personen	99
2. Zuerkennung der Rechtsfähigkeit bei juristischen Personen	100
II. Anerkennung weiterer Rechtssubjekte und Bestimmung des Umfangs ihrer Rechtsfähigkeit	101
1. Traditionelle Lehre von der Unteilbarkeit der Rechtsfähigkeit	102
2. Ansatzpunkte für die Anerkennung weiterer Rechtssubjekte	103
a) Gesetzliche Bestimmungen zur beschränkten Rechtsfähigkeit	103
b) Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs zur Gesellschaft bürgerlichen Rechts und zur Wohnungseigentümergemeinschaft	104
aa) Anerkennung der Rechtsfähigkeit der Gesellschaft bürgerlichen Rechts	105

bb)	Anerkennung der Rechtsfähigkeit der Wohnungseigentümergemeinschaft	107
cc)	Zwischenergebnis	110
3.	Lehre von der Relativität der Rechtsfähigkeit	111
4.	Begrenzung der Rechtsfähigkeit über die Ultra-Vires-Lehre	113
a)	Entwicklung der Ultra-Vires-Lehre im englischen Gesellschaftsrecht	114
b)	Rezeption der Ultra-Vires-Lehre im deutschen Recht	119
aa)	Ablehnung der Geltung der Ultra-Vires-Lehre für das Zivilrecht	119
bb)	Geltung der Ultra-Vires-Lehre im öffentlichen Recht	120
cc)	Stellungnahme: Anwendbarkeit der Ultra-Vires-Lehre im öffentlichen Recht	124
III.	Zwischenergebnisse	126
1.	Keine Beschränkung auf natürliche und juristische Personen	126
2.	Keine gegenständliche Begrenzung der Rechtsfähigkeit im weiteren Sinne	127
3.	Keine grundsätzliche Geltung der Ultra-Vires-Lehre im deutschen Recht	130
4.	Auswirkungen des Verzichts auf eine Relativierung auf Ebene der Rechtsfähigkeit im weiteren Sinne	130
5.	Aussagegehalt des Begriffs Teilrechtsfähigkeit	133
D)	Verhältnis von Rechtsfähigkeit und Rechtspersönlichkeit	133
E)	Zusammenfassung zu § 1 und Folgen für die weitere Untersuchung	136
§ 2	Vermögensfähigkeit als Rechtsbegriff	137
A)	Definition des Begriffs „Vermögensfähigkeit“	137
B)	Verhältnis der Vermögensfähigkeit zur Rechtsfähigkeit im weiteren Sinne und zur Pflichtenfähigkeit	138
C)	Umfang der Vermögensfähigkeit	143
D)	Zusammenfassung zu § 2 und Folgen für die weitere Untersuchung	143

2. Teil: Rechts- und Vermögensfähigkeit der betriebsverfassungsrechtlichen Gremien	143
§ 1 Rechts- und Vermögensfähigkeit des Betriebsrats	144
A) Rechtliche Stellung des Betriebsrats	145
I. Meinungsstand zur Rechtsstellung des Betriebsrats	146
II. Zuordnung der betriebsverfassungsrechtlichen Rechte	150
III. Beschreibung der rechtliche Stellung des Betriebsrats	154
B) Rechtsfähigkeit des Betriebsrats	157
I. Meinungsstand zur Rechtsfähigkeit des Betriebsrats	158
1. Ablehnung der Rechtspersönlichkeit des Betriebsrats	158
2. Ablehnung der Rechtsfähigkeit des Betriebsrats	159
3. Teilrechtsfähigkeit des Betriebsrats	163
a) Meinungsstand in der Literatur	164
aa) Beschränkung der Rechtsfähigkeit des Betriebsrats auf eine betriebsverfassungsrechtliche Innenrechtsfähigkeit	164
bb) Rechtsfähigkeit des Betriebsrats gegenüber Dritten	166
b) Rechtsprechung zur Reichweite der Rechtsfähigkeit des Betriebsrats	167
aa) Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts	167
bb) Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs	171
4. Zusammenfassung	173
II. Stellungnahme: Innen- und Außenrechtsfähigkeit des Betriebsrats	174
1. Betriebsrat als Adressat der Amtspflichten bzw. Träger der Mitbestimmungsrechte	174
2. Parteistellung des Betriebsrats bei Verträgen mit Dritten	176
a) Keine Parteistellung des Arbeitgebers bei Verträgen mit Dritten	178
b) Keine Parteistellung der Betriebsratsmitglieder bei Verträgen mit Dritten	179
c) Keine Parteistellung der Belegschaft bei Verträgen mit Dritten	180
d) Parteistellung des Betriebsrats	181

e)	Zwischenergebnis	183
3.	Keine zwingende Deckungsgleichheit von Vermögens- und Verpflichtungsfähigkeit	183
III.	Eigener Ansatz: Ausrichtung der Rechtsfähigkeit des Betriebsrats am Aufgabenbereich des Betriebsrats	185
1.	Grundsätzlich unbeschränkte Innen- und Außenrechtsfähigkeit des Betriebsrats	186
2.	Begrenzung der Rechtsfähigkeit des Betriebsrats im Außenverhältnis über die Ultra-Vires-Lehre	187
a)	Anwendbarkeit der Ultra-Vires-Lehre im Rahmen der Betriebsverfassung	188
aa)	Vergleichbarkeit der Interessenlage in der Betriebsverfassung mit der Interessenlage bei werbenden Gesellschaften	189
bb)	Vergleichbarkeit der Interessenlage in der Betriebsverfassung mit der Interessenlage bei juristischen Personen des öffentlichen Rechts	190
(1)	Strukturelle Vergleichbarkeit	191
(2)	Funktionelle Vergleichbarkeit zwischen Betriebsrat und Berufskammern	195
cc)	Ergebnis	197
b)	Grenzziehung nach der Ultra-Vires-Lehre	197
3.	Ergebnis	204
C)	Vermögensfähigkeit des Betriebsrats	204
I.	Meinungsstand zur Vermögensfähigkeit des Betriebsrats	205
1.	Vermögensunfähigkeit des Betriebsrats	205
2.	Betriebsrat als Gesamthand	206
3.	Teilweise Vermögensfähigkeit des Betriebsrats	208
a)	Begründung der partiellen Vermögensfähigkeit über § 40 BetrVG	209
b)	Meinungsstand zum Umfang der partiellen Vermögensfähigkeit des Betriebsrats	210
II.	Stellungnahme und eigener Ansatz	212
1.	Begründung der Vermögensfähigkeit des Betriebsrats	213

2. Problem der tatsächlichen Vermögenslosigkeit des Betriebsrats	218
a) Zulässigkeit der Überlassung von Geldmitteln und Kostenpauschalen	219
b) Alternativlösungen de lege ferenda	221
aa) Rechtsvergleichung	222
bb) Dispositivität der §§ 40, 41 BetrVG	224
cc) Stellungnahme und Gesetzgebungsvorschlag	224
3. Ergebnis	228
D) Zusammenfassung zu § 1	228
§ 2 Exkurs: Rechts- und Vermögensfähigkeit des Personalrats	230
A) Rechtsfähigkeit des Personalrats	230
I. Meinungsstand zur Rechtsfähigkeit des Personalrats	230
II. Stellungnahme und eigener Ansatz	232
B) Vermögensfähigkeit des Personalrats	234
I. Meinungsstand zur Vermögensfähigkeit des Personalrats	235
II. Stellungnahme und eigener Ansatz	236
C) Zusammenfassung zu § 2	237
§ 3 Rechts- und Vermögensfähigkeit der weiteren betriebsverfassungsrechtlichen Gremien	237
A) Gesamtbetriebsrat und Konzernbetriebsrat	238
I. Rechtliche Stellung des Gesamt- und des Konzernbetriebsrats	238
II. Rechtsfähigkeit des Gesamt- und des Konzernbetriebsrats	240
III. Vermögensfähigkeit des Gesamt- und des Konzernbetriebsrats	240
B) Jugend- und Auszubildendenvertretung	241
I. Rechtliche Stellung der Jugend- und Auszubildendenvertretung	242
1. Meinungsstand zur Rechtsstellung der Jugend- und Auszubildendenvertretung	243
2. Stellungnahme zur Rechtsstellung der Jugend- und Auszubildendenvertretung	244

II.	Rechtsfähigkeit der Jugend- und Auszubildendenvertretung	246
1.	Meinungsstand zur Rechtsfähigkeit der Jugend- und Auszubildendenvertretung	247
2.	Stellungnahme und eigener Ansatz	247
a)	Rechtsfähigkeit der Jugend- und Auszubildendenvertretung	248
b)	Keine Begrenzung der Rechtsfähigkeit auf das Verhältnis zwischen Betriebsrat und Jugend- und Auszubildendenvertretung	249
c)	Ausnahmsweise Begrenzung der Rechtsfähigkeit der Jugend- und Auszubildendenvertretung im Außenverhältnis über die Ultra-Vires-Lehre	254
aa)	Verträge der Jugend- und Auszubildendenvertretung mit Dritten (Außenrechtsfähigkeit)	254
bb)	Anwendung der Ultra-Vires-Lehre	259
III.	Vermögensfähigkeit der Jugend- und Auszubildendenvertretung	259
IV.	Gesamt- und Konzern-Jugend- und Auszubildendenvertretung	260
C)	Betriebsversammlung	260
I.	Rechtliche Stellung der Betriebsversammlung	261
1.	Meinungsstand zur rechtlichen Stellung der Betriebsversammlung	261
2.	Stellungnahme zur rechtlichen Stellung der Betriebsversammlung	262
II.	Rechtsfähigkeit der Betriebsversammlung	264
III.	Vermögensfähigkeit der Betriebsversammlung	265
IV.	Andere Versammlungen	266
D)	Betriebsausschüsse	267
I.	Rechtliche Stellung der Betriebsausschüsse	267
II.	Rechtsfähigkeit der Betriebsausschüsse	269
1.	Betriebsausschüsse nach §§ 27, 28 Abs. 1 BetrVG	270
a)	Grundsätzlich unbeschränkte Innen- und Außenrechtsfähigkeit der Betriebsausschüsse nach §§ 27, 28 Abs. 1 BetrVG	270

b)	Begrenzung der Rechtsfähigkeit der Betriebsausschüsse nach §§ 27, 28 Abs. 1 BetrVG im Außenverhältnis nach der Ultra-Vires-Lehre	271
2.	Gemeinsamer Ausschuss nach § 28 Abs. 2 BetrVG	272
a)	Grundsätzlich unbeschränkte Innen- und Außenrechtsfähigkeit des gemeinsamen Ausschusses	272
b)	Begrenzung der Rechtsfähigkeit des gemeinsamen Ausschusses im Außenverhältnis nach der Ultra-Vires-Lehre	273
	III. Vermögensfähigkeit der Betriebsausschüsse	273
E)	Arbeitsgruppe nach § 28a BetrVG	274
I.	Rechtliche Stellung der Arbeitsgruppe nach § 28a BetrVG	274
II.	Rechtsfähigkeit der Arbeitsgruppe nach § 28a BetrVG	275
1.	Grundsätzlich unbeschränkte Innen- und Außenrechtsfähigkeit der Arbeitsgruppe nach § 28a BetrVG	276
2.	Begrenzung der Rechtsfähigkeit der Arbeitsgruppe nach § 28a BetrVG im Außenverhältnis nach der Ultra-Vires-Lehre	278
	III. Vermögensfähigkeit der Arbeitsgruppe nach § 28a BetrVG	278
F)	Wirtschaftsausschuss	279
I.	Rechtliche Stellung des Wirtschaftsausschusses	279
II.	Rechtsfähigkeit des Wirtschaftsausschusses	280
1.	Meinungsstand zur Rechtsfähigkeit des Wirtschaftsausschusses	281
2.	Stellungnahme und eigener Ansatz	282
	III. Vermögensfähigkeit des Wirtschaftsausschusses	284
G)	Wahlvorstand	285
I.	Rechtliche Stellung des Wahlvorstands	285
II.	Rechtsfähigkeit des Wahlvorstands	285
1.	Grundsätzlich unbeschränkte Innen- und Außenrechtsfähigkeit des Wahlvorstands	285
2.	Begrenzung der Rechtsfähigkeit des Wahlvorstands im Außenverhältnis über die Ultra-Vires-Lehre	289
	III. Vermögensfähigkeit des Wahlvorstands	289

IV. Wahlvorstand für die Wahl zur Jugend- und Auszubildendenvertretung	290
H) Exkurs: Sprecherausschuss der Leitenden Angestellten	290
I. Rechtliche Stellung des Sprecherausschuss der Leitenden Angestellten	291
II. Rechtsfähigkeit des Sprecherausschuss der leitenden Angestellten	292
1. Meinungsstand zur Rechtsfähigkeit des Sprecherausschusses der leitenden Angestellten	292
2. Stellungnahme und eigener Ansatz	293
a) Grundsätzlich unbeschränkte Innen- und Außenrechtsfähigkeit des Sprecherausschusses der leitenden Angestellten	294
b) Ausnahmsweise Begrenzung der Außenrechtsfähigkeit des Sprecherausschusses der leitenden Angestellten über die Ultra-Vires-Lehre	295
III. Vermögensfähigkeit des Sprecherausschuss der leitenden Angestellten	296
IV. Gesamtsprecherausschuss, Unternehmenssprecherausschuss und Konzernsprecherausschuss	298
I) Zusammenfassung zu § 3	299
2. Kapitel: Haftung des Betriebsrats und seiner Mitglieder	303
1. Teil: Haftung für Amtspflichtverletzungen	303
§ 1 Haftungsrechtlich relevante Fallkonstellationen	303
§ 2 Meinungsstand zur Haftung des Betriebsrats	308
§ 3 Rechtsschutz vor Amtspflichtverletzungen	316
A) Konzeptionelle Vorüberlegungen zur Systembildung	316
I. Rechtsschutz vor Amtspflichtverletzungen über das Betriebsverfassungsgesetz	317
II. Lückenfeststellung: Systemwidrigkeit des Fehlens betriebsverfassungsrechtlicher Haftungsbestimmungen	321
1. Gesetzeshistorie: Betriebsverfassungsrecht als situationsgeborenes Recht	321
2. Rechtsschutzbedürfnis innerhalb der betriebsverfassungsrechtlichen Rechtsverhältnisse	322

3. § 23 BetrVG als abschließende Sanktionsregelung des Betriebsverfassungsrechts?	327
4. Ergebnis	332
III. Ansatzpunkte für die Ausfüllung der Regelungslücke:	
Allgemeines Zivilrecht und Gesellschaftsrecht	333
1. Das allgemeine Zivilrecht als Ausgangspunkt für eine Ausgestaltung des Haftungssystems	333
a) Keine Haftung des Betriebsrats mangels Vermögensfähigkeit	334
b) Keine Haftung zum Schutz der Funktionsfähigkeit der Betriebsverfassung	338
c) Unvereinbarkeit einer Haftung mit der Funktion des Betriebsrats	341
d) Unzumutbarkeit einer Haftung wegen Ehrenamtlichkeit des Betriebsratsamts	343
e) Ergebnis und Konsequenzen für die folgende Untersuchung	344
2. Ergänzende Orientierung des Haftungssystems an den Haftungsregelungen des Gesellschaftsrechts	345
a) Einordnung der betriebsverfassungsrechtlichen Rechtsbeziehungen in den Kontext des Gesellschaftsrechts	345
aa) Strukturelle Einordnung in das System Körperschaft und Personengesellschaft	346
bb) Zuordnung der Rechtsbeziehungen des Betriebsrats zum Innen- bzw. Außenverhältnis	350
(1) Rechtsbeziehung zwischen Betriebsrat und Arbeitnehmer	350
(a) Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen der Belegschaft und einem körperschaftlich strukturierten Verband	351
(b) Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen dem Betriebsrat und einem Organ einer juristischen Person	354
(c) Zwischenergebnis	355
(2) Rechtsbeziehung zwischen Betriebsrat und Arbeitgeber	355
b) Zwischenergebnis	358

Inhaltsverzeichnis

c)	Konsequenzen für die folgende Untersuchung	359
IV.	Zusammenfassung zu Teil A)	365
B)	Rechtsbeziehungen des Betriebsrats	366
I.	Rechtsverhältnis zwischen Betriebsrat und Arbeitnehmer	366
1.	Meinungsstand zur Rechtsnatur des Rechtsverhältnisses zwischen Arbeitnehmer und Betriebsrat	368
2.	Betriebsratsamt als privates Amt	372
a)	Wesensmerkmale privater Ämter	373
b)	Übertragbarkeit auf das Betriebsratsamt	376
c)	Ergebnis: Kein Privatamt	379
3.	Auftragsverhältnis zwischen Arbeitnehmer und Betriebsrat	379
4.	Gesetzliches Dauerschuldverhältnis zwischen Einzelarbeitnehmer und Betriebsrat	380
a)	Grundlegung: Schuldverhältnis, subjektives Recht, Rechtspflicht	380
aa)	Begriff des Schuldverhältnisses	381
(1)	Gesetzliche Grundlage und Entstehungsgeschichte	381
(2)	Merkmale des Schuldverhältnisses	383
(a)	Relativität des Schuldverhältnisses	383
(b)	Leistungs- und Nebenpflichten	384
(c)	Klagbarkeit und Haftung	384
(3)	Entstehung von Schuldverhältnissen	385
bb)	Begriff des subjektiven Rechts	388
cc)	Begriff der Rechtspflicht	390
(1)	Klassische Ansätze: Maßgeblichkeit der Klagbarkeit und der Haftung	390
(2)	Moderner Ansatz: Maßgeblichkeit der Interessenlage	392
dd)	Dauerschuldverhältnis	393
b)	Übertragbarkeit auf das Betriebsratsamt	394
aa)	Relativität des Schuldverhältnisses	394
bb)	Leistungs- und Nebenpflichten	395
(1)	Amtspflichten des Betriebsrats im Verhältnis zu den Arbeitnehmern	396

(a)	Schutzpflichten gegenüber den Arbeitnehmern (§§ 75, 80 BetrVG)	396
(b)	Rechtspflichten im Zusammenhang mit der Wahrnehmung der Beteiligungsrechte	399
(c)	Organisationspflichten	401
(d)	Rechtspflichten im Zusammenhang mit dem Mitwirkungs- und Beschwerderecht des Arbeitnehmers	402
(e)	Verschwiegenheitspflichten	402
(f)	Zwischenergebnis	403
(2)	Amtspflichten des Betriebsrats als durchsetzbare subjektive Rechte der einzelnen Arbeitnehmer	403
(a)	Individualrechtsschutz als Zweck des Betriebsverfassungsgesetzes	404
(b)	Trias der Beteiligungsrechte nach Lobinger	409
(c)	Untersuchung einzelner Rechtspflichten auf ihren subjektivrechtlichen Gehalt	411
(aa)	§ 75 Abs. 1, Abs. 2 BetrVG	413
(bb)	§ 99 BetrVG	419
(cc)	§ 102 BetrVG	424
(dd)	§ 85 BetrVG	426
(ee)	Verschwiegenheitspflichten	428
(3)	Zwischenergebnis	428
c)	Ergebnis: Kein gesetzliches Dauerschuldverhältnis	428
5.	Schutzpflichtverhältnis zwischen Arbeitnehmer und Betriebsrat	428
a)	Problemstellung: Rechtsdogmatische Einordnung nicht zufälliger Kontakte ohne Vertragsnähe	430
b)	Nicht zufällige Kontakte ohne Vertragsbezug im System des allgemeinen Schuldrechts	432
aa)	Nicht zufällige Kontakte ohne Vertragsbezug als Anwendungsfall des § 311 Abs. 2, 3 BGB	432

(1)	Nicht zufällige Kontakte ohne Vertragsbezug als Anwendungsfall des § 311 Abs. 2 Nr. 3 BGB	433
(2)	Nicht zufällige Kontakte ohne Vertragsbezug als Anwendungsfall des § 311 Abs. 3 S. 2 BGB	434
(3)	Abschließender Charakter des § 311 Abs. 2, Abs. 3 BGB	436
bb)	Rechtfertigung außervertraglicher Schutzpflichtverhältnisse	439
(1)	Legitimationsansätze	440
(a)	Vertragsnahe Legitimationsversuche	441
(b)	Legitimation über den sozialen Kontakt	443
(c)	Vertrauensbezogene Legitimationsversuche	444
(d)	Funktionaler Legitimationsansatz	445
(e)	Gewillkürte Rechtskreisöffnung und situationsbedingte Rechtskreisüberschneidung als Legitimationsansatz	446
(f)	Organisationsrechtlicher Legitimationsansatz	447
(g)	Stellungnahme	448
(2)	Eingrenzungskriterien	452
(a)	Finalität/ Positive Zweckrichtung als Eingrenzungskriterium	453
(b)	Begrenzung auf geschäftlich-kommerzielle Beziehungen	454
(c)	Begrenzung auf rechtsgeschäftliche Beziehungen	456
(d)	Begrenzung auf rechtsgeschäftsähnliche Beziehungen	458
(e)	Stellungnahme: Begrenzung auf rechtsgeschäftsähnliche Beziehungen unter Einbeziehung bewusst fremdnützigen Tätigwerdens	458
(3)	Zusammenfassung	461

c)	Übertragbarkeit auf das Verhältnis Betriebsrat und Arbeitnehmer	461
aa)	Einwirkungsmöglichkeit auf die Rechtsgüter der Arbeitnehmer	461
bb)	Vertrauensbeziehung zwischen Betriebsrat und Arbeitnehmer	467
cc)	Rechtsgeschäftsähnlichkeit	469
dd)	Zwischenergebnis: Schutzpflichtverhältnisse im Einzelfall	470
6.	Ergebnis	471
II.	Rechtsverhältnis zwischen Arbeitgeber und Betriebsrat	472
1.	Meinungsstand zur Rechtsnatur des Rechtsverhältnisses zwischen Arbeitgeber und Betriebsrat	473
2.	Keine verbandsrechtliche bzw. organschaftliche Beziehung	476
3.	Kein gesellschaftsrechtliches Rechtsverhältnis	477
4.	Gesetzliches Dauerschuldverhältnis	478
a)	Relativität des Schuldverhältnisses	478
b)	Leistungs- und Nebenpflichten	480
c)	Durchsetzbarkeit der Forderung und Haftung	483
d)	Dauerhaftigkeit der Rechtsbeziehung	484
5.	Ergebnis: Gesetzliches Dauerschuldverhältnis zwischen Betriebsrat und Arbeitgeber	484
III.	Zusammenfassung zu Teil B)	485
C)	Pflichtenmaßstab und Amtspflichtverletzung	485
I.	Adressat der Amtspflichten	486
II.	Zurechnung von Amtspflichtverletzungen	492
1.	Zurechnung des Verhaltens der Betriebsratsmitglieder zum Betriebsrat	492
a)	Zurechnung von Erklärungen nach §§ 26, 33 BetrVG	492
aa)	Willensbildung	492
bb)	Willensausführung	493
b)	Zurechnung von tatsächlichem Verhalten nach § 31 BGB analog	496
aa)	Regelungsgehalt und Anwendungsbereich des § 31 BGB	497
bb)	Anwendbarkeit auf den Betriebsrat	500

(1) Planwidrige Regelungslücke	500
(2) Vergleichbare Interessenlage	501
2. Zurechnung des Verhaltens der Betriebsratsmitglieder untereinander	502
III. Betriebsverfassungsrechtlicher Pflichtenmaßstab	503
1. Allgemeiner Pflichtwidrigkeitsmaßstab	504
a) Zuständigkeitsbereich als Außengrenze	504
b) Inhaltliche Grenzen	505
aa) Verstoß gegen betriebsverfassungsrechtliche Ge- und Verbote	506
bb) Pflicht zum gesetzmäßigen Handeln gemäß § 75 BetrVG	506
cc) Rechtsmissbrauch	509
(1) Normzweckwidrige Zustimmungsverweigerung als rechtsmissbräuchliches Verhalten	511
(a) Rechtlich gebundene Entscheidungen	511
(b) Ermessensentscheidungen	512
(2) Koppelungsgeschäfte als rechtsmissbräuchliches Verhalten	513
(3) Verfahrensverzögerung	517
dd) Treuepflicht	518
c) Zwischenergebnis	520
2. Umfang der Pflichtenbindung der einzelnen Betriebsratsmitglieder	521
a) Pflichtenbindung bei Individualpflichten	521
b) Pflichtenbindung bei Gremiumspflichten	521
aa) Amtspflichten der Betriebsratsmitglieder	524
(1) Verletzung der Stimmpflicht durch Abwesenheit vom Beschlussverfahren	524
(2) Verletzung der Stimmpflicht durch pflichtwidrige Stimmabgabe	525
(a) Mehrheitsprinzip	525
(b) Ungültige Stimmabgabe	528
(3) Vor- und nachgelagerte Handlungspflichten	528
(a) Pflicht zur Vorbereitung auf die Beschlussfassung	529

(b)	Pflicht zur ordnungsgemäßen Antragstellung	530
(c)	Pflicht zur Teilnahme an der Beratung und Pflicht zur Gegendarstellung	530
(d)	Abwendungspflichten	532
(aa)	Pflicht zur erneuten Remonstration	533
(bb)	Pflicht zum gerichtlichen Vorgehen	533
(cc)	Pflicht zur Amtsniederlegung bzw. zur Androhung der Amtsniederlegung	535
(4)	Ergebnis	536
bb)	Amtspflichten des Betriebsratsvorsitzenden	536
(1)	Rechtmäßigkeitsprüfung bei der Festsetzung der Beschlussgegenstände	536
(2)	Rechtmäßigkeitskontrolle bezüglich der gefassten Betriebsratsbeschlüsse	538
(a)	Aussetzung von Betriebsratsbeschlüssen gemäß § 35 BetrVG	538
(b)	Allgemeine Prüfungskompetenz des Betriebsratsvorsitzenden	540
c)	Anwendbarkeit der Business Judgement Rule (§ 93 Abs. 1 S. 2 AktG)	541
aa)	Ratio legis des § 93 Abs. 1 S. 2 AktG	543
bb)	Regelungsgehalt und Anwendungsbereich des § 93 Abs. 1 S. 2 AktG	544
(1)	Anknüpfungspunkt: Unternehmerische Entscheidung	544
(2)	Weitere Voraussetzungen	546
(3)	Keine Erweiterung auf rechtlich unsichere Entscheidungen	548
cc)	Analogievoraussetzungen	550
(1)	Planwidrige Regelungslücke	551
(2)	Vergleichbarkeit der Interessenlage	551
(a)	Unternehmerische Entscheidungen des Betriebsrats	551
(b)	Beschränkung auf das Verhältnis Betriebsrat zu Arbeitnehmer	556

Inhaltsverzeichnis

dd) Folgen der Anwendung der Business Judgement Rule	557
d) Zwischenergebnis	558
IV. Zusammenfassung zu Teil C)	559
D) Rechtsfolgen von Amtspflichtverletzungen	561
I. Systematik	561
II. Ansprüche auf pflichtgemäße Amtsausübung	562
III. Unterlassungsansprüche	564
1. Betriebsverfassungsrechtlicher Unterlassungsanspruch	565
a) Keine grundsätzlichen Einwände gegen einen betriebsverfassungsrechtlichen Unterlassungsanspruch	567
b) Dogmatische Herleitung des betriebsverfassungsrechtlichen Unterlassungsanspruchs	573
aa) Meinungsstand	573
bb) Herleitung des betriebsverfassungsrechtlichen Unterlassungsanspruchs aus dem betriebsverfassungsrechtlichen Schuldverhältnis	577
c) Anwendungsfälle des allgemeinen betriebsverfassungsrechtlichen Unterlassungsanspruchs	581
aa) Unterlassungsansprüche einzelner Arbeitnehmer gegenüber dem Betriebsrat	582
bb) Unterlassungsansprüche des Arbeitgebers gegenüber dem Betriebsrat	584
d) Ergebnis	588
2. Dingliche und deliktische Unterlassungsansprüche gegenüber dem Betriebsrat	589
a) Unterlassungsanspruch aus § 1004 Abs. 1 BGB	589
b) Unterlassungsanspruch aus § 1004 Abs. 1 BGB analog	590
3. Zusammenfassung	591
IV. Schadensersatzansprüche	592
1. Haftung aus Schuldverhältnis	592
a) Schuldverhältnis	593

b)	Pflichtverletzung	594
c)	Vertreten müssen	596
aa)	Verschuldensmaßstab für die Haftung des Betriebsrats	596
bb)	Verschuldensmaßstab für die Haftung der Betriebsratsmitglieder	597
(1)	Anwendbarkeit der Grundsätze über die Beschränkung der Arbeitnehmerhaftung	597
(2)	Haftungsbeschränkung auf eigenübliche Sorgfalt (§ 277 BGB)	600
(3)	Haftungsbeschränkung auf Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit analog §§ 300 Abs. 1, 521, 599, 680, 968 BGB	601
(4)	Haftungsbeschränkung auf Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit analog §§ 31a, 31b BGB	602
(a)	Legislativer Hintergrund und ratio legis der §§ 31a, 31b BGB	603
(b)	Anwendung der §§ 31a, 31b BGB auf andere Rechtsformen	605
(c)	Anwendung der §§ 31a, 31b BGB auf die Betriebsratsmitglieder	609
(aa)	Vergleichbarkeit der Interessenlage	609
(bb)	Regelungskonzept der §§ 31a, 31b BGB und Folgen für die Haftung der Betriebsratsmitglieder	610
(d)	Zwischenergebnis	613
(cc)	Beweislast	613
d)	Rechtsfolge: Ersatz des kausalen Schadens	615
aa)	Schaden	615
bb)	Kausalität	621
(1)	Maßstab: Kausalität von Amtspflichtverletzungen	621
(2)	Kausalität von Gremienentscheidungen	622
(3)	Kumulierende Rechtsverstöße	629
(4)	Folgeverhalten des Geschädigten	631
(5)	Fehlerhafte Einigungsstellen- oder Gerichtsentscheidungen	632
cc)	Mitverschulden	633

e)	Zusammenfassung	635
2.	Haftung aus Delikt	635
a)	§ 823 Abs. 1 BGB	636
aa)	Rechtsgutsverletzung	637
(1)	Eigentum	637
(2)	Recht am eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb	638
(3)	Recht am Arbeitsplatz	641
(4)	Weitere sonstige Rechte	648
bb)	Ursächlichkeit der Verletzungshandlung für die Rechtsgutsverletzung	649
cc)	Rechtswidrigkeit der Verletzungshandlung	649
dd)	Verschulden	650
ee)	Rechtsfolge: Ersatz des kausalen Schadens	651
b)	§ 823 Abs. 2 BGB	651
aa)	Verletzung eines Schutzgesetzes	651
(1)	Betriebsverfassungsrechtliche Vorschriften als Schutzgesetze	653
(a)	Schutzgesetze zugunsten einzelner Arbeitnehmer	654
(b)	Schutzgesetze zugunsten des Arbeitgebers	656
(2)	Strafgesetze als Schutzgesetze im Rahmen der Betriebsverfassung	657
(a)	Strafrechtliche Verantwortlichkeit für Gremientätigkeit	658
(b)	§§ 185 ff. StGB	659
(c)	§ 240 Abs. 1 StGB	663
(aa)	Arbeitskampfmaßnahmen	664
(bb)	Koppelungsgeschäfte	666
(d)	§ 253 Abs. 1 StGB	667
(e)	§ 263 Abs. 1 StGB	669
(f)	§ 266 Abs. 1 StGB	670
(aa)	Missbrauchstatbestand	671
(bb)	Treuebruchtatbestand	672
(g)	Geheimnisschutz	677
(3)	Zusammenfassung	679

bb)	Weitere Voraussetzungen: Rechtswidrigkeit und Verschulden	680
cc)	Rechtsfolge: Ersatz des kausalen Schadens	680
c)	§ 826 Abs. 1 BGB	681
aa)	Objektiver Haftungstatbestand des § 826 BGB	681
(1)	Erteilung fehlerhafter Auskünfte	682
(2)	Verleitung zum Vertragsbruch	683
bb)	Subjektiver Haftungstatbestand des § 826 BGB	686
cc)	Zwischenergebnis	687
dd)	Rechtsfolge: Ersatz des kausalen Schadens	687
d)	Zusammenfassung	687
V.	Zusammenfassung zu Teil D)	688
§ 4	Zusammenfassung zum 1. Teil und Bewertung der Fallbeispiele	689
2. Teil:	Haftung für vertragliche Verbindlichkeiten gegenüber Dritten	695
§ 1	Haftung im Intra-Vires-Bereich	697
A)	Haftung des Betriebsrats als Gremium im Intra-Vires- Bereich	698
I.	Vertragsschluss aufgrund eines wirksamen Betriebsratsbeschlusses	698
II.	Vertragsschluss ohne (wirksamen) Betriebsratsbeschluss	704
1.	Zurechnung nach den Grundsätzen der Vertrauenshaftung	705
a)	Anwendbarkeit der Grundsätzen der Vertrauenshaftung	705
b)	Zurechnungsvoraussetzungen	707
2.	Genehmigung des Vertragsschlusses durch den Betriebsrat	710
III.	Ergebnis	712

Inhaltsverzeichnis

B) Haftung des handelnden Betriebsratsmitglieds im Intra-Vires-Bereich	712
I. Akzessorische Haftung des handelnden Betriebsratsmitglieds	713
1. Haftung nach § 128 HGB analog	714
a) Regelungsgehalt und Anwendungsbereich des § 128 HGB	714
b) Ratio legis des § 128 HGB	715
c) Vergleichbarkeit mit der Interessenlage beim Betriebsrat	717
d) Zwischenergebnis: Keine Analoge Anwendung des § 128 HGB	719
2. Haftung nach § 54 S. 2 BGB, § 11 Abs. 2 GmbHG, § 41 Abs. 1 S. 2 AktG analog	720
a) Regelungsgehalt und Anwendungsbereich des § 54 S. 2 BGB, des § 11 Abs. 2 GmbHG sowie des § 41 Abs. 1 S. 2 AktG	720
b) Ratio legis des § 54 S. 2 BGB und der § 11 Abs. 2 GmbHG, § 41 Abs. 1 S. 2 AktG	720
c) Vergleichbarkeit mit der Interessenlage beim Betriebsrat	727
d) Zwischenergebnis: Keine analoge Anwendung der § 54 S. 2 BGB, § 11 Abs. 2 GmbHG, § 41 Abs. 1 S. 2 AktG	729
II. Persönliche Haftung des handelnden Betriebsratsmitglieds nach § 179 Abs. 1 BGB	730
1. Haftungsvoraussetzungen des § 179 BGB	730
2. Rechtsfolgen des § 179 BGB	731
a) Erfüllung oder Schadensersatz gemäß § 179 Abs. 1 BGB	731
b) Beschränkung auf das negative Interesse gemäß § 179 Abs. 2 BGB	733
c) Haftungsausschluss gemäß § 179 Abs. 3 BGB	734
3. Teleologische Reduktion des Haftungstatbestands wegen der besonderen Stellung des Betriebsratsvorsitzenden	734
a) Anknüpfungspunkt: Fehlende Erkenntnis- und Beurteilungsmöglichkeit	734

b)	Anknüpfungspunkt: Rechtsfigur des Vertreters in der Erklärung	737
c)	Anknüpfungspunkt: Ehrenamtlichkeit der Betriebsratstätigkeit	737
d)	Zwischenergebnis: Keine teleologische Reduktion des § 179 BGB	739
	III. Ergebnis	739
C)	Haftung der übrigen Betriebsratsmitglieder im Intra-Vires- Bereich	739
D)	Zusammenfassung zu § 1	740
§ 2	Haftung im Ultra-Vires-Bereich	741
A)	Haftung des Betriebsrats im Ultra-Vires-Bereich	741
B)	Haftung des handelnden Betriebsratsmitglieds im Ultra- Vires-Bereich	741
I.	Haftung nach § 54 S. 2 BGB, § 41 Abs. 1 S. 2 AktG, § 11 Abs. 2 GmbHG analog	742
II.	Haftung nach § 179 BGB	744
III.	Haftung nach § 179 BGB analog	752
1.	Begründung der analogen Anwendung des § 179 BGB für das handelnde Betriebsratsmitglied durch den Bundesgerichtshof	752
2.	Analoge Anwendung des § 179 BGB für die Haftung des handelnden Betriebsratsmitglieds	757
a)	Analoge Anwendung des § 179 BGB für Haftung des Scheinvertreters	757
aa)	Vorliegen einer planwidrigen Regelungslücke	758
(1)	Verhältnis des § 179 BGB zu § 54 S. 2 BGB, § 11 Abs. 2 GmbHG, § 41 Abs. 1 S. 2 AktG	758
(2)	Verhältnis des § 179 BGB zu § 311 Abs. 2, Abs. 3 BGB	760
bb)	Vergleichbarkeit der Interessenlage	763
(1)	Normzweck des § 179 BGB	763
(2)	Vergleichbarkeit mit den Fallgruppen der Vertretung eines nicht existenten Vertretenen	767
cc)	Zwischenergebnis	770
b)	Übertragbarkeit auf den Betriebsrat	771

Inhaltsverzeichnis

3. Ergebnis: Keine Haftung nach § 179 BGB analog	778
4. Hilfswägungen für eine analoge Anwendung des § 179 BGB	778
a) Anspruchsinhalt gemäß § 179 Abs. 1, 2 BGB analog	779
b) Haftungsausschluss nach § 179 Abs. 3 BGB analog	779
c) Weitere Haftungsbeschränkungen	781
IV. Haftung nach §§ 311 Abs. 2, Abs. 3, 241 Abs. 2, 280 Abs. 1 BGB	783
C) Haftung der übrigen Betriebsratsmitglieder im Ultra-Vires-Bereich	786
D) Zusammenfassung zu § 2	787
§ 3 Regressansprüche des handelnden Betriebsratsmitglieds	788
A) Regressanspruch bei rechtmäßigem Handeln im Innenverhältnis	789
B) Regressanspruch bei rechtswidrigem Handeln im Innenverhältnis	795
C) Zusammenfassung zu § 3	797
§ 4 Zusammenfassung zum 2. Teil	798
3. Teil: Prozess- und zwangsvollstreckungsrechtliche Folgen	799
§ 1 Rechtsweg und Beteiligten- bzw. Parteifähigkeit	799
A) Rechtsweg und Beteiligtenfähigkeit bei Ansprüchen wegen Amtspflichtverletzungen	800
B) Rechtsweg und Parteifähigkeit bei vertraglichen Ansprüchen Dritter	801
§ 2 Zwangsvollstreckung	804
A) Vollstreckung von Geldforderungen	804
B) Vollstreckung von Handlungen oder Unterlassungen	809
§ 3 Zusammenfassung zum 3. Teil	813
4. Teil: Ausblick und Entwicklungsansätze	814
§ 1 Professionalisierung des Betriebsratsamtes	815
§ 2 Umstrukturierung der Betriebsratsfinanzierung	821
§ 3 Gesetzliche Regelung der Betriebsratshaftung und Erweiterung des betriebsverfassungsrechtlichen Rechtsschutzes	821
A) Schaffung eines Haftungstatbestandes	821
B) Rechtsschutz durch Modifikation der Betriebsverfassung: Antragsrecht des Arbeitnehmers nach § 99 Abs. 4 BetrVG	824

3. Kapitel: Haftung der weiteren betriebsverfassungsrechtlichen Gremien und Funktionsträger	828
1. Teil: Haftung für Amtspflichtverletzungen	828
§ 1 Vorüberlegungen	829
A) Rechtsschutzbedürfnis und haftungsrechtlich relevante Fallkonstellationen	829
B) Rechtsschutz über das Betriebsverfassungsgesetz	832
C) Systembildung: Trias der Gremientypen	836
I. Substitutive Gremien	836
II. Hilfsräte	838
III. Komplementäre Gremien	839
§ 2 Ausgestaltung des Haftungssystems	840
A) Haftung der substitutiven Gremien für Amtspflichtverletzungen	840
B) Haftung der Hilfsräte für Amtspflichtverletzungen	842
C) Komplementäre Gremien	843
I. Jugend- und Auszubildendenvertretung	844
1. Haftung im Verhältnis zu den Arbeitnehmern	844
2. Haftung im Verhältnis zum Arbeitgeber	847
II. Sprecherausschuss der Leitenden Angestellten	848
1. Haftung im Verhältnis zu den leitenden Angestellten	848
2. Haftung im Verhältnis zum Arbeitgeber	851
III. Wahlvorstand	851
1. Primärrechtsschutz vor Wahlfehlern durch vorbeugenden und vorläufigen Rechtsschutz	852
a) Zulässigkeit der Überprüfung des laufenden Wahlverfahrens	852
b) Vorbeugender und vorläufiger Rechtsschutz	853
aa) Subjektive Rechte im Zusammenhang mit dem Wahlverfahren	853
bb) Durchsetzung dieser subjektiven Rechte aus der Betriebsverfassung im einstweiligen Verfügungsverfahren	854
(1) Berichtigungsverfügung	854
(2) Wahlabbruchsverfügung	855
(a) Wahlabbruchsverfügung zur Neueinleitung	856

Inhaltsverzeichnis

(b) Totalabbruchsverfügung	859
2. Schadensersatzansprüche	860
2. Teil: Haftung für vertragliche Verbindlichkeiten gegenüber Dritten	862
3. Teil: Zusammenfassung zum 3. Kapitel	867
Gesamtzusammenfassung	871
A) Ergebnisse zur Rechts- und Vermögensfähigkeit der betriebsverfassungsrechtlichen Gremien	871
B) Ergebnisse zur Haftung des Betriebsrats und der Betriebsratsmitglieder für Amtspflichtverletzungen	877
C) Ergebnisse zur Haftung des Betriebsrats und der Betriebsratsmitglieder für vertragliche Verbindlichkeiten	895
D) Prozess- und Zwangsvollstreckungsrechtliche Folgeüberlegungen	900
E) Entwicklungsansätze <i>de lege ferenda</i>	901
F) Ergebnisse zur Haftung der anderen betriebsverfassungsrechtlichen Gremien und ihrer Mitglieder	902
Literaturverzeichnis	905
Sachwortverzeichnis	971